

**Interpellation Nr. 84 (November 2011)**

11.5283.01

betreffend Vorwürfe aus den Reihen der Polizei an die politischen Behörden

Zur Zeit wird in Politik und Medien bei mehreren mutmasslich politisch links motivierten Straftaten aus den letzten Jahren ein direkter Zusammenhang mit der Villa Rosenau hergestellt. Es wird behauptet, dass in Basel "linke Chaoten" politisch motivierte "Narrenfreiheit" und "Vorzugsbehandlung" geniessen, da die politischen Behörden wegschauten, statt zu handeln.

Der Polizeibeamtenverband Basel-Stadt behauptet gar, Polizeieinsätze seien von Amtsstellen gezielt verhindert worden. Aus den Reihen der Polizei wird anscheinend versucht, die Verantwortung für Misserfolge und Versäumnisse der Strafverfolgungsbehörden auf Andere zu lenken, mit deren politischer Haltung man nicht einverstanden ist.

Angesichts der massiven, durchwegs nicht belegten Vorwürfe in verschiedenen Medien, erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Hat die Basler Polizei konkrete Hinweise auf die Täterschaft beim Voltaplatz-Krawall vom 24. September?
2. Hat die Basler Polizei konkrete Hinweise, dass die Urheber der obengenannten oder anderer Straftaten aus der Villa Rosenau stammen oder dort verkehren?  
Falls ja: Weshalb hat die Basler Polizei die Täterschaft nicht längst ergriffen?  
Falls nein: Wie stellt sich die Basler Regierung zu den Äusserungen von Heinz Salvisberg, Vizepräsident des Polizeibeamtenverbands, der behauptet, die Polizei wisse, dass Straftäter unbehelligt in der Villa Rosenau verkehren?
3. Was unternimmt die Basler Polizei, um die Täterschaft vom 24. September zu eruieren? Gab es Festnahmen in diesem Zusammenhang? Wurden mutmassliche Täter den Strafverfolgungsbehörden übergeben?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Vorwurf, Gewalt und Straftaten aus dem linken politischen Spektrum blieben in Basel von behördlicher Seite unbehelligt, würden geduldet oder gar gefördert?
5. Wie stellt sich der Regierungsrat zu den Vorwürfen, die Polizei könne nicht effizient gegen Straftäter aus dem linken Spektrum vorgehen, weil sie "von oben", sprich dem Regierungsrat, daran gehindert werde?

Ruth Widmer-Graff